

## EVP zieht Initiative ebenfalls zurück

**Zürichsee. Nach der SP zieht auch die EVP ihre Volksinitiative für einen Seeuferweg am Zürichsee zurück. Sie unterstützt nun ebenfalls den Vorschlag der Zürcher Regierung zur Einrichtung eines Uferweg-Fonds.**

*Martin Steinegger*

Gestern hat die EVP den Rückzug ihrer Volksinitiative «Uferwege für alle» bekannt gegeben. Erst Anfang Oktober hatte die SP ihre Initiative «Zürisee für alle» zurückgezogen. Damit sind nun beide Volksinitiativen, in denen der Bau eines Uferweges am Zürichsee gefordert wird, vom Tisch. Der Weg könnte aber trotzdem realisiert werden. Wie die SP sagt nun auch die EVP dem Gegenvorschlag der Zürcher Regierung ihre Unterstützung zu. Dieser sieht vor, dass für den Bau des Uferweges jährlich 6 Mio. Franken aus dem Strassenfonds budgetiert werden, wobei 4 Mio. Franken davon an den Zürichsee fliessen.

Die Zürcher Regierung hat nun den Auftrag, basierend auf dem Gegenvorschlag einen Gesetzesentwurf zu erarbeiten. Diesen wird sie dann erneut dem Kantonsrat unterbreiten. Wenn der Entwurf im Rat durchkommt, ist der jährliche Zustupf von 4 Millionen Franken für Projekte am Zürichsee Realität, ohne dass dafür eine Volksabstimmung nötig gewesen wäre.

Dass nach der SP auch die EVP ihre Initiative zugunsten des Gegenvorschlages opfern würde, war allgemein erwartet worden. Die EVP hatte von Anfang an klar gemacht, dass sie dem Gegenvorschlag offen gegenübersteht. Hätte die Partei an ihrer Initiative festgehalten, dann wäre es im Frühling zu einer Volksabstimmung über «Uferwege für alle» gekommen. Der Gegenvorschlag wäre dadurch unnötig konkurrenziert worden.

Ob die Rechnung von SP und EVP aufgehen wird, bleibt abzuwarten. Selbst wenn der Kantonsrat dereinst Ja sagen wird zum Millionenfonds, bleibt den Gegnern des Seeuferwegs immer noch die Möglichkeit, dagegen das Referendum zu ergreifen. Die Gegner haben sich im Verein Fair («Für eine Aufwertung des Zürichseeufers im Recht») formiert.